

"Hallstein soll gehen" in Neues Deutschland (20. Januar 1966)

Quelle: Neues Deutschland. 20.01.1966. Berlin-Ost.

Urheberrecht: (c) Neues Deutschland Druckerei und Verlag GmbH

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"hallstein_soll_gehen"_in_neues_deutschland_20_januar_1966-de-3fcfbda2-4ec9-4755-b4ef-3321c25a9793.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 17/09/2012

Hallstein soll gehen

G. H. „Pariser Ultimatum“, „EWG in der Krise“, so und ähnlich urteilt die von Bonn inspirierte Presse über den neuesten Stand der schweren Auseinandersetzungen in der „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ (EWG).

Die Kernfrage wird in diesen Berichten allerdings nicht berührt. Handelt es sich doch in Wirklichkeit darum, daß die französische Regierung den Gefahren begegnen will, die der Souveränität Frankreichs aus dem Mechanismus der EWG erwachsen. Mit Hilfe dieses Mechanismus versucht der Bonner Staat die eigene, als „Europäische Einheit“ getarnte Vorherrschaft über Westeuropa zu errichten. Darüber ist man sich in Paris im klaren.

Auf der nach langem Hin und Her zustande gekommenen außerordentlichen EWG-Beratung in Luxemburg hat der französische Außenminister Couve de Murville gefordert, daß im Ministerrat der EWG das Vetorecht eines Mitgliedstaates gewahrt bleiben muß, daß die Befugnisse der Brüsseler EWG-Kommission stark beschnitten werden und daß die drei „europäischen Exekutiven“, nämlich die EWG-Kommission, die Euratom-Kommission und die Hohe Behörde der Montanunion, in einer einzigen Kommission mit einem turnusmäßig wechselnden Präsidenten aufgehen sollen.

Die Verwirklichung dieses dritten Punktes würde bedeuten, daß Professor Hallstein, der Beauftragte der westdeutschen Monopole, seine jetzige einflußreiche Position aufgeben müßte. In einem bei den Luxemburger Besprechungen vorgelegten französischen Memorandum werden die jetzige EWG-Kommission und ihr Präsident, Hallstein, wegen Überschreitung ihrer Vollmachten scharf kritisiert.

Auch die französische Forderung nach Beibehaltung des Vetorechtes in der EWG-Kommission soll die Souveränität Frankreichs wahren helfen. Mit größter Ungeduld hatte man in Bonn auf den 1. Januar dieses Jahres gewartet, da laut EWG-Verträgen die bisher notwendige Einstimmigkeit im Ministerrat der EWG durch Mehrheitsbeschlüsse abgelöst werden sollte. Mit Hilfe wechselnder Mehrheiten wollte die Bonner Regierung sich in die innersten Angelegenheiten ihrer Partner, zum Beispiel in Steuer- und Verkehrsfragen, in Fragen der Wettbewerbsregelung einmischen, um den westdeutschen Konzernen das Eindringen in die Partnerländer zu erleichtern. Auch diese Gefahr ist von der französischen Regierung erkannt worden.

Die kommenden Wochen werden weitere Auseinandersetzungen in der EWG, diesmal um konkret formulierte Forderungen Frankreichs, bringen. Bereits jetzt läßt sich allerdings feststellen, daß die Versuche des Bonner Staates, den wirtschaftlichen Austausch und die entsprechenden Zollvereinbarungen für imperialistische Vorherrschaftsbestrebungen zu mißbrauchen, auch in der EWG auf wachsenden Widerstand stoßen.